

Börsen-Zeitung

Verantwortlich für den Inhalt... L. V. Direktor A. Lorey, Berlin W. 8

Abendausgabe . 20 Pfennig.

72. Jahrgang

Donnerstag, 14. Oktober 1926

Zur Frage der Regierungs-umbildung in Preußen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hielt am Donnerstag vor der Plenarsitzung erneut eine Fraktionssitzung ab. Die Stellungnahme der Fraktion zur Hohenzollern-Vorlage bleibt die alte.

Leutnant Roucier vorläufig in Freiheit gesetzt

TU Paris, 14. Oktober. Die „Action Française“ bringt die überraschende Mitteilung, daß der französische Leutnant Roucier, der wegen der Morde in Gernersheim in Untersuchungshaft genommen worden ist, vorläufig in Freiheit gesetzt worden ist.

Sie haben es nicht eilig.

TU Paris, 13. Oktober. Die von zutunlicher französischer Seite verlautet, ist in der gestrigen Unterredung Briand's mit General Guillaumat von einer Vermittlung der französischen Besatzungstruppen im Rheinland keine Rede gewesen.

Das Todesurteil für Gernersheim.

Von unserem Pfälzer- und Korrespondenten. Die Notlage der vom wirtschaftlichen Untergang bedrohten Stadt Gernersheim wurde von einer Abordnung der Stadt dem Reichspräsidenten Dr. Brügel, der im Rahmen auch des Reichspräsidenten Kommando, bei seinem einjährigen Aufschub im Regierungsgebäude in Speyer vorgezogen, da der Minister die Stadt Gernersheim nicht beschützt, obwohl das ursprünglich in seinem Reichsprogramm vorgesehen war.

zur Ueberlassung von militärischen Gebäuden und Grundstücken nur insoweit verpflichtet ist, als diese für die Befestigungserfordernisse erforderlich sind. Diese Voraussetzung ist jedoch in Gernersheim nicht gegeben, da das betreffende Gelände von der französischen Besatzungsarmee gar nicht benutzt wird.

Die jüdislawische Kabinettskrise.

Verhandlungen zwischen Radikalen und Deutschen.

n Belgien, 13. Oktober. Die Rückkehr des Königs Alexander nach Belgien hatte sofort eine politische Senfation zur Folge, den Rücktritt des Fort- und Bergbauministers Rittsch. Stamm war der König kaufmännisch angelegentlich, als Ministerpräsident Iljanovic einen seiner Ministerkollegen zum Fortminister Rittsch ernannte und dessen jüdislawische Demission erbat.

Der Reichslandbund zur Regierungs-umbildung in Preußen.

Der Reichslandbund begrüßt grundmäßig jeden Schritt, der geeignet ist, den Einfluß der SPD zu schwächen. Der Bundesvorstand hat jedoch in dem geplanten Weisheit der DVP, zu der letzten Reichsregierung in Preußen seinen denkwürdigen Schritt erwidert.

Einberufung des Reichstags am 3. November.

Der Reichstag ist endgültig für Mittwoch, den 3. November, einberufen worden. Auf der Tagesordnung dieser ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause stehen zunächst nur kleine Vorlagen.

Armenrecht für einen früheren deutschen Bundesfürsten.

Deinich, 13. Oktober. Der hiesige Magistrat hat dem ehemaligen regierenden Fürsten zur Spitze auf dessen Antrag für eine von ihm angestrebte Klage gegen einen Privatwucherer nach Prüfung seiner Vermögens- und Einkommensverhältnisse das Armenrecht zu gewilligt.

Der Kampf gegen die Hohenzollern geht weiter.

Der Ausschuß-Ausschuß, der bekanntlich der eigentliche Führer der sozialistischen-kommunistischen Einheitsfront ist, hat die Fortentwicklung gegen sich, benutzt die Landtagsdebatte über den Hohenzollernvergleich, um wieder in Tätigkeit zu treten. Er nimmt die Aufgabe, daß die Berliner Funktionärversammlung der Sozialdemokratischen Partei sich gegen die Haltung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und gegen den Hohenzollernvergleich ausgesprochen hat, zum Anlaß, um die Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der Berliner S. P. D. aufzufordern, ihre Wähler und Anhänger gegen die Landtagsfraktion mobil zu machen.

Die Folgen der Romley-Konferenz. Weitere Besprechungen bevorstehend.

London, 14. Oktober. Der diplomatische Berichterstatter der „Daily Mail“ erzählt, daß bei der gestrigen Sitzung des Großen Rates des Reiches der britische Zandieren durch die Konferenz von Romien geöffnente Lage erwohnen worden sei. Der Präsident Sir Mac Manuspratt habe Mitteilungen über die Besprechungen gemacht. Der Berichterstatter sagt, in den nächsten Wochen mit wichtigen Ereignissen rechnen könne.

Der Femeauschuß mißbilligt Levis Verhalten

Die tendenziösen Veröffentlichungen im „Vorwärts“. München, 14. Oktober. Wie die „Münchener Zeitung“ erzählt, hat der Reichstags-Femeauschuß in seiner letzten öffentlichen Sitzung am Mittwoch dem Abg. Dr. Levis wegen seiner Veröffentlichungen im „Vorwärts“, die einem bereits am 19. Mai 1926 gefassten Beschluß des Ausschusses widersprechen, die Mißbilligung ausgesprochen und dabei der Erwartung Ausdruck gegeben, daß solche Veröffentlichungen in Zukunft unterbleiben. Die Mißbilligung ist bei Stimmzählung der Sozialdemokraten und Kommunisten einstimmig ausgesprochen worden. Die Sozialdemokraten hielten effizient, sich durch diese Entscheidung nicht gebunden zu fühlen.

Verstärkte Streikpropaganda Coats.

Die Zahl der Streikenden wieder im Wachsen. London, 14. Oktober. „Daily Herald“ meldet im Gegenlicht zu den von anderer Seite vortragenden Berichten, daß infolge der Propaganda Coats zahlreiche Bergarbeiter, die die Arbeit bereits wieder aufgenommen hatten, gehen erneut in den Ausstand getreten sind. In Derbyshire handelt es sich um 12.000 Bergleute, in Nottinghamshire um 1200. — Den Streikern zufolge wird das Parlament am 28. und 29. d. M. zu einer Sitzung zusammentreten, um die Verhandlungen beschleunigen der Regierung zu verlängern.

Der Innenminister Sir William Johnson

Die Zahl der Arbeitslosen in England am 4. Oktober betrug nach dem amtlichen Rückblick 1.672.500. Das bedeutet eine Steigerung von 44.940 gegenüber der Vorwoche. Der Innenminister Sir William Johnson wird heute auf dem Wege nach London sein, um die Angelegenheiten der Arbeitslosen zu behandeln.

Nun hat sich aber wieder einmal ein Gegenwechsel vollzogen und in dem Kampf zwischen Iljanovic, Rittsch und Radics glatte der Ministerpräsident Sieg zu erringen, mit dem gesamten Kabinett zurückzuführen. So auf diesem Wege eine Verständigung mit Radics zu erzielen ist, wird bezweifelt werden. Bei dem offiziellen Empfang der tschechoslowakischen Senatoren und Abgeordneten auf dem Bahnhof in Agram hat Radics durch seine politischen Zugsicherer ebenfalls eine große Unruhe hervorgerufen, so daß auch der Ministerpräsident mit seiner Haltung befragt hat.

Die Stellungnahme der Radicesischen Partei

Diese Stellungnahme der Radicesischen Partei kommt Nikola Pafics ebenfalls unbenommen, der sich wieder einmal anstellt, die Macht an sich zu nehmen und der von ihm geleiteten radikalen Partei zu übergeben. Mühe er seine neue Regierung, mit der heute schon allgemein gerachtet wird, mit einer starken Gegenpartei des Radics als Parteiposten beginnen, so ist ihm die Führung der Staatsgeschäfte ebenfalls ersichert. Unter diesen Umständen sucht Radics nach neuen Bundesgenossen, um die Macht des Radics gänzlich abzuschießen — und er hat sie auch gefunden, diesmal aber den deutschen Parteien Südschweden. Das Moment ist zwar noch nicht abgeschlossen, es ist aber wahrscheinlich, daß binnenhalb die Annäherung zwischen den Radikalen und den Deutschen eingeleitet sind, um ohne die Unterstützung einer großen jüdislawischen Partei gegen die herrschende Richtung etwas ausrichten zu können. Der Führer der jüdislawischen Deutschen, der Abgeordnete Dr. Kraft, hat auch schon eine Erklärung abgegeben, die von den jüdislawischen Kreisen dahin ausgeht, daß gegenwärtig eine feste Annäherung zwischen den Radikalen und den Deutschen möglich erscheint. Wie weit der Kontakt der Deutschen auf die Politik der Radikalen gehen wird, welche Konsequenzen die Radikalen ziehen, welche Forderungen die Deutschen aufstellen haben, welche Form diese Zusammenarbeit haben wird, es ist nur um eine reine Annäherung handelt, die die Stimmen der Deutschen den politischen Aktionen der Deutschen über, aber es ist um eine enge Zusammenarbeit handelt, sind heute noch Fragen der Zukunft. Jedenfalls handelt es sich um die Annäherung der Deutschen an die radikale Partei und Nikola Pafics, der sich in der Vergangenheit als sein unbesiegt hat.